

und Bolschewizismus
Gesetzwidrigkeiten
2

10 Pfennig

ts

ff.
rtei Deutschlands.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 95 65 u. 146 62.

im Westen.

Das Proletariat unter der Diktatur.

Von Robert Schmidt.

Selbstkritik hat bisher stets zu den stärksten Tugenden der Arbeiterbewegung gehört. Wir geben daher sehr gern dem Genossen Robert Schmidt das Wort, der arge Missetaten, die sich unter der Herrschaft der A- und S-Mäße herausgebildet haben, kritisiert. Wir halten die A- und S-Mäße für ein notwendiges Organ der Ueberleitung zur neuen vollkommen demokratischen Staatsordnung, haben also das höchste Interesse daran, daß sie vor der Geißel stehen können. Gerade darum ist Kritik doppelt und dreifach nötig. (Red. d. „Vorwärts“.)

Das System des alten Regimes, das mit seiner so lang geheiteten Herrschaft der Junkerkrasse und des Großkapitals verunkelt ist, hat uns einen hoffnungsvollen Ausblick eröffnet für die Entwicklung eines freihellen demokratischen Volksstaates. Wie nicht anders zu erwarten, ist nun in der kurzen Zeitpanne manches noch nicht so geordnet, wie es den Interessen der Allgemeinheit dienlich wäre. Aber es ist hohe Zeit, daß wir nunmehr dahin drängen, eine Klarheit und Sicherheit des Zieles festzusetzen, wie der neue Aufbau gestaltet sein muß. Es zeigen sich gegenwärtig Mängel, die auf die Dauer eine ernste Gefahr bieten für das neue Staatsleben, und was viel schlimmer ist, es gelangen Bestrebungen zur Geltung, die nicht zum Nutzen, sondern zum Schaden des Proletariats sind.

Ein Blick auf die Organisation unserer Nahrungsmittelversorgung läßt erkennen, daß wir leider hier nicht zu einer Zentralisation der Verwaltung, sondern zu einem Durcheinander kommen, das, wenn weiter dieser Weg eingeschlagen wird, die schon vorhandenen Schwierigkeiten noch vergrößert. Wir haben uns seinerzeit gegen die Ueberführung einzelner Kommunalverbände in der Lebensmittelversorgung gewandt und hervorgehoben, daß Deutschland bei seiner unterschiedlichen wirtschaftlichen Konstellation den einen Bezirk als Ueberlieferungsgebiet für die Nahrungsmittelversorgung braucht, um den anderen das Fehlende zu geben. Was die Landräte aufgegeben haben, wird in einigen Bezirken von den Arbeiter- und Soldatenräten mit größter Eifer wieder aufgenommen. Unausgesetzt müssen Bemühungen in den Mühlen zu verhindern. Nicht die Zentrale, die Reichsregierungsstelle oder das Reichsernährungsamt haben zu entscheiden über das, was der einzelne Bezirk zu erhalten hat, sondern der Arbeiter- und Soldatenrat befindet darüber. Das ist so weit gegangen, daß man die Mehllieferungen nicht nur am Aufgabort, sondern auch unterwegs ein- auch zweimal aufhielt. Auf Weisung des Arbeiter- und Soldatenrates wurde die Entladung der Transporte verweigert, und wenn dann nach vielen Bemühungen die Freigabe erreicht war, erlebte man, daß an einer anderen Stelle erneut der Transport ins Stocken geriet. Gegenwärtig, ganz abgesehen davon, daß von der schnellen Belieferung der Bezirke unendlich viel abhängt, verschwendet wir durch diese Eingriffe in unerhörter Weise Transportmaterial, denn jede Störung nimmt das so nötige Transportmaterial länger in Anspruch, als es unbedingt notwendig ist.

Recht sonderbar nimmt es sich aus, wenn von einer Stelle versucht wird, ein regelrechtes Schiebergeschäft einzuhalten. So bietet ein Arbeiter- und Soldatenrat einer Gemeinde die Lieferung von Zucker gegen den Entzug von Kartoffeln an. In den Hafenstädten führt der Marinerrat eine Herrschaft, die recht bedenkliche Erscheinungen zeitigt. Wir haben gegenwärtig in deutschen Häfen Schiffe mit ungefähr 500 000 Tonnen Schiffsraum zur Ansfahrt bereit. Es ist naheliegend, daß dieses Schiffsmaterial nicht in Betrieb genommen werden kann, ohne daß zuvor dringende Reparaturen an ihm erledigt sind. Der Marinerrat hat an einigen Orten die Uebernahme der Schiffe in Reparatur von seiner Zustimmung abhängig gemacht. Man hätte für diese Maßnahme eine Erklärung kaum finden können, wenn nicht jetzt bekannt würde, man wolle eine Pression auf die gegenwärtige Regierung ausüben. Eine solche Maßnahme würde sich in ihrer gefährlichen Wirkung gegen die hungernde Bevölkerung richten; es darf wohl von der Regierung erwartet werden, daß sie sich einer solchen unerhörten Diktatur, die dem Volksganzen den schwersten Schaden zufügt, nicht beugt.

Unklarheit herrscht auch über die Regelung der Arbeitsverhältnisse in den Betrieben. Die Regierung hat durch

V

I

J

A

Resolution

h. v. O. R. 1.

Rev. S. R. 1.

St. Kl. 1.

h. v. O. R. 1.

Proletariat

h. v. O. R. 1.

h. v. O. R. 1.

(Monat)

Ihre Bekanntmachung den Achthundentag verfügt und seine Durchführung spätestens am 1. Januar 1919; vom Standpunkt der Arbeiter ein sehr erfreulicher sozialpolitischer Fortschritt. Was ist nun aus dieser Anordnung geworden? In einigen Betrieben, die mit der Herstellung wichtiger Nahrungsmittel betraut sind, ist sofort, ohne Rücksicht darauf, ob Arbeitskräfte vorhanden sind, der Achthundentag eingeführt, die Errichtung von Wechsellöchern unterlagert worden. Die Folge ist, daß in solchen Betrieben die Herstellung von Nahrungsmitteln, Mehl, Zucker stark reduziert wurde, während wir dringend die volle Ausnutzung der Betriebe bedürfen, da die Produktion weit im Rückstande ist. Nur schwer ist es gelungen diese Maßnahmen nach und nach rückgängig zu machen und damit die Betriebe, die vorübergehend ihre Leistungen auf ein Minimum herabsetzten, wieder voll in Betrieb zu bringen.

Die Vermittlung der Gewerkschaften, die unter dem alten Regime immerhin noch möglich war, wird jetzt an einigen Stellen geradezu ausgeschaltet, weil dort in den Versammlungen der Soldatenräte Leute das Wort führen, die nie einer Organisation angehört und von den Aufgaben auf wirtschaftlichem Gebiet keine rechte Vorstellung haben. Der Kampf, den die Gewerkschaften geführt haben um Anerkennung ihrer Organisation, scheint, wenn die Dinge so weiter gehen, in einigen Bezirken unter dem neuen Regierungssystem neu aufzubringen, denn man gewinnt den Eindruck, daß nur noch die Unorganisierten Anerkennung finden.

Abgesehen von diesen Uebelständen macht man die Wahrnehmung, daß bei vielen jedes Verständnis dafür, welchen Wert ein einheitliches Staatsgebilde für unser Wirtschaftsleben hat, verloren geht. Wir beklagen die Zerrissenheit Deutschlands vor dem Zusammenschluß zu einem einheitlichen Bundesstaat, der allerdings auch noch seine Sonderrechte und partikularistischen Nischen und Lücken zur Genüge hatte. Allein nie hat sich die Sozialdemokratie die Entwicklung nach aufwärts anders gedacht, als daß aus diesem zerrissenen deutschen Staatsgebilde der einheitliche Staat stärker und kräftiger entstehen muß. Aber was nehmen wir wahr? Bayern droht mit der Lösung vom Reich. In Schlesien kündigen Parteigenossen an, sie werden die Zufuhr aus dem Kohlengebiet uns sperren; die Rheinlande glauben ihr Seil zu finden in der Lösung vom Ganzen und schließlich spielt man auch im Norden mit dem Kleinstaatengebilde in neuer nicht gerade imponierender Macht. Wenn man auch diese Pläne und Drohungen nicht allzu tragisch zu nehmen braucht, weil Deutschland das einheitliche Wirtschaftsgebiet braucht und ins Verderben rennt, wenn es anders käme, so bleibt ein deprimierendes Gefühl übrig, daß diese politische Effekthascherei Anflug finden kann. Dieses Durcheinander muß in der Uebergangszeit zu den schwersten Erschütterungen führen, die wiederum in ihrer Wirkung niemand schwerer treffen als wie die Arbeiterklasse selbst. Wie sollen wir unser zerrüttetes Wirtschaftsgebilde wieder aufbauen, wenn wir zu dem Anarchismus der Autonomie der Gemeinden kommen. Die Sozialdemokratie hat die anarchistischen Theorien, die die Gemeinde als selbständiges Gebilde im Staat und unabhängig vom Volksganzen zu gestalten trachteten, stets bekämpft, weil ein hochentwickeltes Wirtschaftsgebilde nicht auf der Zerrissenheit der einzelnen Landesteile, nicht auf ihrer uneingeschränkten politischen Herrschaft, ihrer gegenseitigen Konkurrenz, sondern auf der Einordnung zu einem großen Ganzen beruhen muß.

Weiter muß Klarheit über die Stellung der Gewerkschaftsbewegung vorhanden sein. Soll sie ausgeschaltet werden, wie es von der bayerischen Regierung unternommen wird und wie an anderen Orten die Arbeiter- und Soldatenräte unternahmen, die, ohne die Gewerkschaften zu hören, ohne eine Verhandlung der Unternehmer mit den Gewerkschaften zuzulassen, über die Arbeitsbedingungen verfügen, so bedeutet das, daß die bisher anerkannten Gewerkschaftsorganisationen, die auf demokratischer Grundlage aufgebaut sind, auf ein Minderrecht herabgedrückt werden, als sie es unter dem alten System besaßen. Das wäre eine Diktatur, die sich gegen das Proletariat und seine anerkannten Organisationen wendet.

(Mann)
 für pro...
 (Mann)
 im...
 ...
 ...
 ...
 ...
 ...
 ...
 ...

2